

Nr. 18/943

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Wer, was, für wen – Transparenz über Drittmittel-Forschung an den öffentlichen Hochschulen herstellen
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 15. Januar 2014
(Drucksache [18/1233](#))
2. Drittmittelforschung braucht Transparenz – Bremen braucht Drittmittelforschung
Antrag der Fraktion der CDU
vom 11. Februar 2014
(Drucksache [18/1254](#))
3. Wissenschaft braucht mehr Transparenz
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 25. Februar 2014
(Drucksache [18/1290](#))
4. Mobbing an Schulen
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 21. Januar 2014
(Drucksache [18/1237](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 25. Februar 2014
(Drucksache [18/1283](#))
5. Kooperationen der Verwaltung des Landes Bremen mit anderen Bundesländern
Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 11. Februar 2014
(Drucksache [18/1251](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 25. März 2014
(Drucksache [18/1328](#))
6. Auflage eines Programms zum Ankauf von Belegungsbindungen
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 12. Februar 2013
(Drucksache [18/771](#))
7. Auflage eines Programms zum Ankauf von Belegungsbindungen
Bericht der staatlichen Deputation für Umwelt,
Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie
vom 12. Februar 2014
(Drucksache [18/1261](#))

8. „Senioren-genossenschaften“ auch in Bremen und Bremerhaven fördern?
Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 18. Februar 2014
(Drucksache [18/1267](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 25. März 2014
(Drucksache [18/1329](#))
9. Gesundheitlicher Arbeitsschutz für Lehrkräfte
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 24. Februar 2014
(Drucksache [18/1273](#))
10. Was garantiert die Ausbildungsplatzgarantie?
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 25. Februar 2014
(Drucksache [18/1277](#))
11. Organspender retten Leben
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 25. Februar 2014
(Drucksache [18/1278](#))
12. Zweites Gesetz zur Änderung des Bremischen Gesetzes zur Stärkung von Einzelhandels- und Dienstleistungszentren
Mitteilung des Senats vom 4. Februar 2014
(Drucksache [18/1248](#))
2. Lesung
13. Einrichtung einer unabhängigen Instanz zur Kontrolle polizeilichen Handelns (Polizeikommission)
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 4. März 2014
(Drucksache [18/1294](#))

Nr. 18/944

Nachwahl für den Landesjugendhilfeausschuss des Landes Bremen

Mitteilung des Senats vom 25. Februar 2014
(Drucksache [18/1280](#))

Diese Mitteilung ist vom Senat zurückgezogen.

Nr. 18/945

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt eine Aktuelle Stunde über folgende Themen durch:

1. auf Antrag der Abgeordneten Klaus-Rainer Rupp, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE:
„IT-Dienstleister mit Kontakten zum Geheimdienst NSA: wer garantiert für den Datenschutz in der bremischen Verwaltung?“;
2. auf Antrag der Abgeordneten Heiko Strohmann, Frank Imhoff, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU:
„Lohses Verbote und grüne Bevormundung? Klimaschutzpolitik geht anders!“

Nr. 18/946

Konsensliste

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft
vom 24. März 2014

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. Gesetz zur Änderung des Radio-Bremen-Gesetzes
Mitteilung des Senats vom 4. Juni 2013
(Drucksache [18/929](#))
2. Lesung
Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.
2. Gesetz zur Änderung des Radio-Bremen-Gesetzes
Bericht und Antrag des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz
und Informationsfreiheit
vom 18. Februar 2014
(Drucksache [18/1268](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt den Änderungen zu Drucksache 18/929
zu. Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für
Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit Kenntnis.
3. Wahrnehmung der Aufgaben der Landesregulierungsbehörde nach dem Ener-
giewirtschaftsgesetz (EnWG) durch die Bundesnetzagentur mittels Organleihe
Anpassung des Organleiheabkommens mit dem Bund an Änderungen des
EnWG und europarechtliche Vorgaben
Mitteilung des Senats vom 18. Februar 2014
(Drucksache [18/1264](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.
4. Parlamentarische Kontrolle der akustischen Wohnraumüberwachung im Be-
reich der Strafverfolgung
Mitteilung des Senats vom 18. Februar 2014
(Drucksache [18/1265](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.
5. Gesetz zur Änderung des Ausführungsgesetzes zu Artikel 145 der Landesver-
fassung
Antrag des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses
vom 25. Februar 2014
(Drucksache [18/1279](#))
2. Lesung
Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.
6. Bericht über die 22. Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary
Conference, BSPC) vom 25. bis 27. August 2013 in Pärnu, Estland
Mitteilung des Vorstandes der Bremischen Bürgerschaft
vom 7. März 2014
(Drucksache [18/1297](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) tritt den Empfehlungen des Vorstandes der Bre-
mischen Bürgerschaft bei.
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht und den weiteren Anlagen
des Vorstandes der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.
7. Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Landesjugend-
hilfeausschusses
Die Bürgerschaft (Landtag) wählt

Frau Surena T e s f a y e B a l c h a

anstelle der Abgeordneten Susanne Wendland zum Mitglied und die Abgeordnete

Susanne Wendland

anstelle von Frau Surena Tesfaye Balcha zum stellvertretenden Mitglied des Landesjugendhilfeausschuss.

8. Sechster Bericht des Senats der Freien Hansestadt Bremen über die Annahme und Verwendung von Beträgen aus Sponsoring, Werbung, Spenden und mäzenatische Schenkungen zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben der Freien Hansestadt Bremen (Land und Stadtgemeinde Bremen)

Mitteilung des Senats vom 11. März 2014
(Drucksache [18/1303](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

9. Festsetzung des Wahltages für die Wahl zur Bremischen Bürgerschaft der 19. Wahlperiode

Antrag des Vorstandes der Bremischen Bürgerschaft
vom 11. März 2014
(Drucksache [18/1306](#))

Als Wahltag für die Wahl der Bremischen Bürgerschaft der 19. Wahlperiode wird Sonntag, der 10. Mai 2015, festgelegt.

Nr. 18/947

Entschlossen gegen K.-o.-Tropfen handeln

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 19. Dezember 2013
(Drucksache [18/1222](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat,

1. sich auf Bundesebene für eine verstärkte gesetzliche Beschränkung beim Zugang zu GHB-haltigen Medikamenten einzusetzen,
2. sich auf der Bundesebene dafür einzusetzen, dass im Produktionsprozess verstärkt GBL durch alternative Substanzen ersetzt wird,
3. ein ressortübergreifendes, vernetztes System von internen Maßnahmen zu stärken und dabei Zuständigkeiten innerhalb der Behörden festzulegen mit dem Ziel,
 - a) dauerhaft eine verstärkte Aufklärung, Sensibilisierung und Vernetzung in den Bereichen Schule und Jugendarbeit, Gesundheitswesen und Polizei auszubauen, gegebenenfalls durch die Veranstaltung von Fachtagen oder Bildung von Arbeitsgruppen,
 - b) zu prüfen, ob in den Ausbildungsplänen von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten und von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Gesundheitswesen das Themenfeld K.-o.-Tropfen ausreichend vorhanden ist, sowie die Fort- und Weiterbildung in diesen Bereichen verstärkt zu unterstützen,
 - c) die Beweissicherung zu überprüfen und gegebenenfalls zu optimieren,
 - d) zu gewährleisten, dass besonders in Schulen kontinuierlich über den Missbrauch und die Gefahren von K.-o.-Tropfen aufgeklärt wird; hierzu bieten sich unter anderem Gesundheitswochen und Themenfelder wie Sexualkunde, Gesundheitsförderung und Suchtprävention an,
4. unter Beteiligung der Landesärztekammer zu prüfen, ob die Einführung von Kitteltascheninfos zu den Symptomen von K.-o.-Tropfen-Vergiftungen eine sinnvolle Maßnahme darstellt oder ob es hierzu wirkungsvollere Alternativen gibt,
5. weiterhin sicherzustellen, dass in den Statistiken Verdachtsfälle und begangene Sexualdelikte unter Einsatz von K.-o.-Tropfen gesondert aufgelistet werden,

6. der Bürgerschaft (Landtag) binnen sechs Monaten nach Beschlussfassung hierüber zu berichten.

Nr. 18/948

Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge zurücknehmen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 24. Juni 2013
(Neufassung der Drucksache [18/964](#) vom 18. Juni 2013)
(Drucksache [18/978](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/949

Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge zurücknehmen

Bericht der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen
vom 23. Januar 2014
(Drucksache [18/1243](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen Kenntnis.

Nr. 18/950

Kein Abschluss ohne Übernahme!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 18. März 2014
(Drucksache [18/1311](#))

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 25. März 2014

(Drucksache [18/1326](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/951

Häusliche Gewalt im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 21. Januar 2014
(Drucksache [18/1235](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 25. Februar 2014

(Drucksache [18/1281](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 18/952

Jacobs University – Gewinn und Potenzial für Bremen

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 21. Januar 2014
(Drucksache [18/1236](#))

Da z u

Mitteilung des Senats vom 25. Februar 2014

(Drucksache [18/1282](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 18/953

Massenüberwachung stoppen: Umfassenden Datenschutz auf europäischer und nationaler Ebene gewährleisten

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen

vom 21. Januar 2014

(Drucksache [18/1242](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf Bundes- und Europaebene für folgende Grundsätze im Datenschutz einzusetzen:

1. Den Datenschutz im Grundgesetz zu verankern, um erstmalig das Recht, über persönliche Daten selbst zu bestimmen, festzuschreiben.
2. Den vorgelegten Entwurf zur EU-Datenschutzverordnung zu unterstützen und die anlasslose Vorratsdatenspeicherung weiterhin strikt abzulehnen.
3. Das SWIFT-Abkommen zur Übersendung von Bankdaten an amerikanische Behörden auszusetzen, um die unzulässige Ausspionierung von Geldtransfers zu stoppen.
4. Das Prinzip der Datenvermeidung bei allen elektronischen Diensten als Standard zu verankern. Es sollen lediglich Daten, die für den Betrieb bzw. die Erbringung einer Dienstleistung unbedingt nötig sind, erhoben werden. Die Daten sind nach Ende des Vertragsverhältnisses zu löschen. Darüber hinaus muss für die Nutzerinnen und Nutzer erkennbar sein, welche Daten zu welchem Zweck erhoben werden.
5. Das Recht auf die Löschung von nicht mehr benötigten, personenbezogenen Daten muss für alle staatlichen und privaten Stellen gelten. Die Betroffenen sind über dieses Recht angemessen zu informieren.
6. Personenbezogene Daten müssen im jeweiligen Unternehmen oder in staatlichen Stellen nach aktuellem Stand der Technik geschützt werden und dürfen ohne rechtliche Grundlage nicht weitergegeben werden.

Nr. 18/954

Recht auf informationelle Selbstbestimmung national und international stärken

Antrag der Fraktion der CDU

vom 24. Februar 2014

(Drucksache [18/1274](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/955

Gewalt und Straftaten gegen Kinder im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktion der CDU

vom 29. Januar 2014

(Drucksache [18/1247](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 4. März 2014

(Drucksache [18/1295](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 18/956

Gesetz zur Änderung des Landesmindestlohngesetzes

Mitteilung des Senats vom 11. Februar 2014
(Drucksache [18/1255](#))
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 18/957

Gesetz zur Änderung des Gesundheitsdienstgesetzes

Mitteilung des Senats vom 11. März 2014
(Drucksache [18/1301](#))
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Nr. 18/958

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 26 vom 19. März 2014

(Drucksache [18/1317](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 18/959

Haushaltsrechnung der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2011

Mitteilung des Senats vom 20. November 2012
(Drucksache [18/667](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) erteilt dem Senat aufgrund des § 114 Absatz 1 der Landeshaushaltsordnung Entlastung.

Nr. 18/960

Jahresbericht 2013 der Freien Hansestadt Bremen – Land – des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen vom 25. April 2013

(Drucksache [18/882](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Jahresbericht 2013 der Freien Hansestadt Bremen – Land – Kenntnis.

Nr. 18/961

Bericht und Antrag des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses zur Haushaltsrechnung der Freien Hansestadt Bremen für das Jahr 2011 (Mitteilung des Senats vom 20. November 2012, Drs. 18/667) und zum Jahresbericht 2013 – Land – des Rechnungshofs vom 25. April 2013 (Drs. 18/882)

vom 24. März 2014
(Drucksache [18/1322](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) tritt den Bemerkungen im Bericht des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses bei.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses Kenntnis.

